

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ercheint bis auf weiteres nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsstellen monatlich 2 M., durch unser Auslieferungsurtrag in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postbestellungen sowie unsere Zusatzer und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Bezugsstellen kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Intentionenpreis 2 M. für die 6 gelbhaltigen Korpuszelle oder deren Raum. Anzeigen, die 2 halbtägige Korpuszelle 2 M. bei Wiederholung und Lebensauftrag entsprechend Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Zeit (nur von Behörden) die 2 gelbhaltigen Korpuszelle 2 M. Nachweisungs-Geld für die Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Anzeigen der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rückzahlungsgefahr ist.

Ercheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Räßig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 78.

Sonnabend / Sonntag 7. / 8. Juli 1923.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Der Reichstagsrat hat seine Unterredungen mit dem Runtius Paccelli fortgesetzt.
- Die Reichsregierung wird voraussichtlich eine Erklärung über die politische Lage veröffentlichen, dagegen soll eine außenpolitische Debatte im Reichstage nicht mehr stattfinden.
- Die Verhandlungen über die wertbeständigen Löhne sind im Reichsarbeitsministerium gescheitert.
- Die deutsche Regierung hat in einer Note an die französische Regierung scharfen Protest gegen die französischen Raubüberfälle auf die Reichsbanknotenstellen des Einbruchgebietes erhoben.
- Vord Curzon wurde benachrichtigt, daß binnen kurzem nun doch noch eine schriftliche Antwort von den Franzosen auf die englischen Fragen erteilt werden soll.

## Die neuen Armen.

Soeben ist wieder einmal der Finger an eine der brennendsten Wunden unseres Volkstörpers gelegt worden. Der Abgeordnete Düringer hatte nämlich im Reichstage einen Gesetzentwurf zum Schutz der Hypothekengläubiger eingebracht, wonach die Rückzahlung der Hypotheken an die Zustimmung des Gläubigers gebunden sein soll. Der Antrag, der von der Regierung bekämpft wurde, ist wieder an den Rechtsausschuß des Reichstages zurückverwiesen worden und die unglücklichen Hypothekengläubiger können weiter hoffen und harren.

Unglücklich — denn Düringer zog in seiner Rede wieder einmal den Vorhang fort, hinter dem sich Dramen von erschütternder Tragik abspielen. Wer kennt sie nicht, jene Kleinrentner, die ein erarbeitetes, mühsam erworbenes Vermögen von 50 000 oder 100 000 Mark in Hypotheken oder Obligationen oder — Kriegsanleihen angelegt hatten, um an ihres Lebens Abend wenn auch nicht ähig, so doch wenigstens sorgenfrei leben zu können; jene Mündelgelder, die „mündelischer“ angelegt werden mußten, die einem starken Kursrückgang ausgesetzt wurden. Am trassesten tritt die schreiende soziale Ungerechtigkeit bei den Hypothekengläubigern in die Erscheinung. Sie leben ja das Haus, das Grundstück vor sich, wo sie ihr gutes Geld bis 1914 hingaben, Summen, die einen oft sehr hohen Teil des Grundstückswertes ausmachen. Und sie sehen, wie bei den Landwirten die gleichen Grundstücke die Bodenrente mit dem Getreidepreis miteilt, ja ihn infolge der starken Nachfrage nach solchen Grundstücken oft genug noch überholt. Sie sehen, wie auch der städtische Grundbesitz zwar infolge der Wohnungszwangswirtschaft nicht so schnell an Wert verliert, aber immerhin in recht beträchtlichem Maße der Wertverwertung folgt, daß auch hier bei Abergang in andere Hände Summen gezahlt werden, die bei der heutigen Zwangswirtschaft auf Verzinsung gar keine Aussicht haben, auch gar keinen Anspruch erheben. Und sie, die neuen Armen, werden mit lächelndem Achselzucken ausbezahlt — in Papier. Die Nachricht geht durch die Zeitungen, daß ein Paar Schuldschulden 100 000 Mark kosten. Der ausbezahlte Hypothekengläubiger — eine Hypothek von 100 000 Mark war eine hohe, stellte schon eine gewisse Wohlhabenheit dar — kann sich also für seine ganze Hypothek gerade noch ein paar Schuhe besohlen lassen.

Ebenso ist es mit jenen, die Hypotheken auf Industrieunternehmungen gaben, d. h. Industrieobligationen kauften. Eine ganze Reihe von Aktiengesellschaften hat vor kurzem diese Obligationen gekündigt; es fiel ihnen wirklich nicht schwer, sie auszubehalten. Es ist der Mittelstand, der alte gute deutsche Mittelstand, der hier ruiniert, proletarisert wird. Wenn doch recht viele unserer führenden Leute einmal hingingen in die Mittelstandsküchen, in die Bureaus der sozialen Wohltätigkeitsorganisationen, die Listen des Caritas-Bundes einsehen möchten, und wie diese Vereine und Veranstaltungen alle heißen mögen, — da würden sie erkennen, was wahres Elend ist. Mit welcher Scham, Zurückhaltung und Scheu die neuen Armen von ihren Leiden sprechen. Aber der Hunger zerrüttet die Eingeweide, nichts mehr ist da im lüftlichen Hausrat, das sich noch verkaufen läßt; sie müssen betteln gehen. Denn das empfinden sie als Almosen, was ihnen der Staat oder die Wohltätigkeit darreicht. Das wenige nur; denn unser Staat selbst ist ja proletarisert, verkauft, um leben zu können, das wenige, was er noch hat. Aber daß diese Armen fast leer ausgehen, während das, was ihnen doch früher teilweise gehörte, was durch ihr Geld häufig genug erfrü gegründet werden konnte, Aufschwung nahm, nun endlich einen — in Papier ausgedrückt — Milliardenwert erleidet, das ist schwarzes soziales Unrecht. Hier müßte eine Form gefunden werden, durch die die neuen Armen wenigstens etwas teilnehmen könnten an dem neuen Reichtum.

Der Staat verlor viel in diesen neuen Armen, die ja täglich weniger werden: eine sozial wertvolle Schicht sinkt mit

ihnen ins Grab. Sie konnten nur Arbeit, wollten ihre Kinder sozial höheren Schichten zuführen. Aus diesem Mittelstand strömte ein ununterbrochener Strom wertvoller Kräfte namentlich in das Beamtentum hinein. Gerade der pflichttreue, unverdorben arbeitende mittlere Beamtentum, so recht eigentlich das Rückgrat der Staatsverwaltung, stammt aus diesen Kreisen. Sie sind dahin, und die letzten Reste wandern in abgeschabten Kleidern und hohlen, hungerzerknagten Wangen zu den fargen Tischen, die ihnen gedekt werden. Sie verbergen ihr Leid, tragen es, sterben.

Hier darf es kein „unmöglich“ geben, wie es im Reichstage zum Gesetzentwurf Düringers von Regierungsseite ausgesprochen wurde. Der Schweiz gegenüber hat man sich nicht auf dieses „unmöglich“ versteift; die deutschen Hypothekenschuldner mußten sich — trotz Wohnungszwangswirtschaft — eine außerordentlich starke Heraushebung ihrer Hypotheken zugunsten der Schweizer Gläubiger gefallen lassen. Ist denn der Vorschlag so uneben, daß die Hypothek als Teilwert betrachtet werden soll, wie es ursprünglich der Fall war? Man rede sich nicht damit heraus, daß dann die Zeichner der Kriegsanleihe usw. die gleiche Berücksichtigung verdienen. Sie konnten doch ihre Werte verkaufen. Die Hypothekengläubiger nicht. Hier tut Hilfe, schnellste Hilfe, not. Wenn man sie ohne Kosten zu scheuen anderswo gewährt, dann scheuniger noch den neuen Armen.

## Frankreichs Kassendiebstähle.

Protest der deutschen Regierung.

Die auf dem Niveau gewöhnlicher Banditenüberfälle stehenden Raubereien an Geldbeträgen im besetzten Gebiet haben die Reichsregierung veranlaßt, in einer Note an die französische Regierung Protest zu erheben und die Rückgabe des gestohlenen Geldes zu verlangen. Die deutsche Botschaft in Paris hat die Note übergeben, in der es heißt:

„Durch gewalttätige Eingriffe waren der Reichsbank bereits Mitte Mai von französischen Beamten und Militärpersonen im altbesetzten und Einbruchgebiet über 30 Milliarden fortgenommen worden. Unter Nichtachtung der von deutscher Seite dagegen gerichteten Proteste ist das gewalttätige Vorgehen gegen den Reichsbankbetrieb namentlich im Einbruchgebiet auch seither fortgesetzt worden.“

Es wird nun die endlose Reihe der Einzelfälle aufgezählt und festgestellt, daß französische Soldaten mit der Fertigung von Banknoten beauftragte Drucker gezwungen haben, mit der Arbeit fortzufahren, um die Noten dann fortzuschleppen. Der deutsche Protest fährt fort:

Die Deutsche Regierung stellt unter Hinweis auf ihre früheren Darlegungen die Rechtswidrigkeit des Vorgehens gegen die Reichsbank erneut fest. Selbst im Kriegsrecht würde der Zugriff auf das Privateigentum der Reichsbank, deren Charakter als reines vom Reichsstaats unabhängiges Privatinstitut im Jahre 1922 entsprechend den Forderungen der Reparationskommission noch verstärkt worden ist, widerrechtlich sein. Gegen die dauernde Nichtachtung der klaren Rechtslagen durch die französischen Zivil- und Militärstellen legt die Deutsche Regierung scharfe Bewahrung ein. Die dauernden Eingriffe drohen die infolge der Besetzung ohnedies äußerst erschwerte Aufrechterhaltung geordneter Verhältnisse im Ruhrgebiet, namentlich hinsichtlich der Lebensmittelversorgung, nahezu unmöglich zu machen.

Zum Schluß fordert die deutsche Regierung die Rückgabe der fortgenommenen Beträge und behält sich und der Reichsbank alle Ersatzansprüche vor.

## Um die wertbeständigen Löhne.

Die Verhandlungen gescheitert.

Berlin, 5. Juli.

Die Verhandlungen über die Schaffung wertbeständiger Löhne, die heute unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministeriums und unter Beteiligung von Vertretern der Arbeitgeberverbände und der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften stattfanden, sind gescheitert. Die Gewerkschaften haben dringend verlangt, daß sich die Reichsregierung sofort mit der Frage befaßt und Stellung nimmt zur Einführung wertbeständiger Löhne und Gehälter in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen.

Die Forderungen des A. D. G. B.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat eine Entschlieung angenommen, in der er es den Gewerkschaften zur Pflicht macht, nicht nur jedes weitere Abwärtsgehen der Löhne zu verhindern, sondern auch nach wie vor auf eine Erhöhung des Reallohns hinzuwirken und die Kaufkraft der erlangenen Löhne zu sichern. Ferner empfiehlt er den Gewerkschaften, die Tarifverträge mit einer Klausel zu versehen, die den vereinbarten Löhnen innerhalb jeder tariflichen Lohnperiode die Erhaltung ihrer Kaufkraft sichert. Als Berechnungsgrundlage für die Auswertung des Lohnes am Tagelohn ist

eine am 1.1.1919 erlassene Verordnung einzuführen, die die wirkliche Steigerung der Lebenshaltungskosten voll zum Ausdruck bringt.

Streik der Berliner Bauarbeiter.

Nach ergebnislosem Verlauf der Verhandlung vor dem Demobilisationskommissar haben die Mitglieder des Bauarbeiterbundes mit überwiegender Mehrheit den Streik beschlossen. Für die Lohnwoche vom 28. Juni bis 4. Juli beträgt der Stundenlohn nach dem Schiedsspruch für Maurer, Zementarbeiter, Einschaler, Stein- und Kalkträger 9500 Mark. Der Bauarbeiterbund weist darauf hin, daß Notstandsarbeiten sowie die von der produktiven Erwerbslosenfürsorge ausgeführten Notstandsarbeiten fortzusetzen sind. In den Betrieben, in denen der Schiedsspruch nicht anerkannt worden ist, ruht überall die Arbeit.

## Die Vertriebenen und Verurteilten.

Aus der Finanz- und Verkehrsverwaltung.

Aus dem Bereiche der Reichsfinanzverwaltung wurden bis zum 1. Juli 1923 von den Besetzungsbehörden 1613 Zollbeamte und 156 Steuerbeamte ausgewiesen. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden ferner ein Zollbeamter und 3 Steuerbeamte aus der Wohnung verdrängt. Insgesamt sind 1773 Beamte der Reichsfinanzverwaltung mit schätzungsweise 5319 Familienangehörigen von Haus und Hof vertrieben worden.

Verurteilt wurden 290 Reichsfinanzbeamte zu insgesamt 76 Jahren, 1 Monat, 7 Tagen Freiheitsstrafe und 214 490 000 Mark und 100 Frank Geldstrafe.

In der Zeit vom 10. Januar bis 30. Juni 1923 wurden aus dem Bereiche der Reichsverkehrsverwaltung 8623 Beamte, Angestellte und Arbeiter mit insgesamt 26 317 Familienangehörigen von Haus und Hof vertrieben, davon sind 7563 Bedienstete mit 19 942 Familienangehörigen ausgewiesen worden.

Verurteilt wurden 123 Angehörige der Reichsverkehrsverwaltung zu insgesamt 254 Jahren, 8 Monaten Freiheitsstrafe und 164 138 000 Mark zusätzlich 250 Frank Geldstrafe.

## Eroberung der Ruhreisebahnen.

Fünf Monate haben die französischen und belgischen Machthaber im Ruhrgebiet vergeblich versucht, die Eisenbahnen zu bewegen, in ihre Dienste zu treten und ihnen den gesamten Eisenbahnapparat des Industriegebietes auszuliefern. Sie haben Gewaltmittel angewendet, um die Eisenbahner aus ihrer Seite zu ziehen; sie haben ihnen hohen Lohn versprochen, Lebensmittel, Gartenland, Wohnungen, sie haben auch nicht verfehlt, zahlreiche Eisenbahner auszuweisen, Drohungen auszusprechen und wahr zu machen gegen diejenigen, die sich ihren Befehlen nicht beugen wollten, zu mißhandeln und in die Gefängnisse zu werfen; nichts hat genutzt, die Eisenbahner hielten nach wie vor an ihrer Parole fest, nicht in französisch-belgische Dienste zu treten, sondern ihrem Dienste treu zu bleiben. General Degoutte hat nun in den letzten Wochen seinen Feldzug gegen die Eisenbahner mit aller Macht eröffnet und zu dem Mittel der Massenausweisungen und Masseneinkerkelungen gegriffen. Laufende von Eisenbahnern haben in den letzten Tagen das Ruhrgebiet verlassen müssen, weil sie es ablehnten, auch nur eine Weiche für die fremden Eindringlinge zu stellen, nur eine Lokomotive für die Einbrecherarmee zu heizen. Trotz aller Drangsalierungen, Ausweisungen, Einkerkelungen ist die französische Besatzungsbehörde in ihrem Festhalten, die Ruhr-Eisenbahner in ihrem gesamten Umfang unter ihre Verwaltung zu bringen, auch nicht einen Schritt vorwärts gekommen. Schon früher verließen überall da, wo Franzosen und Belgier auftauchten, die Eisenbahner Bahnhöfe und Eisenbahnwerkstätten, um auch nicht eine Hand für die Einbrecherarmee rühren zu müssen. Die Franzosen ihrerseits betrachteten das gesamte deutsche Eisenbahnmateriale entweder als gute Beute und singen an, Lokomotiven und Wagen abzurufen oder sahen in den Einrichtungen der Stationen Objekte ihrer Zerstörungswut. Viele Strecken sind von den französischen Roadies zerstört, zertrümmert und für jeglichen Verkehr unbrauchbar gemacht worden. Mit der Zeit haben jedoch die Franzosen eingesehen, daß sie mit dem Zerören und Abrollen des Materials nicht weiter kommen würden. Infolgedessen übernahmen sie ganze Strecken im Ruhrgebiet in eigene Regie. Die französische Eisenbahnregie arbeitete jedoch so, daß sie binnen kurzem das gesamte Material, das sich auf den übernommenen Strecken befand, vollständig abgewirtschaftet hatte. Daraus ergab sich für sie die Notwendigkeit, wiederum neue Strecken zu besetzen, sodas sie zurzeit sämtliche Eisenbahnstrecken in den Händen der französischen Regie befinden. Das bedeutet jedoch nicht, daß sie nun auch